

PRESEMITTEILUNG vom 30. November 2018 (mit Aktualisierung der Ergebnisse vom 22.01.2019)

Berlin. In Schleswig-Holstein findet der Anti-Mobbing-Tag am 2. Dezember zum neunten Mal als Aktionstag statt, in anderen anderen Bundesländern gibt es solche Tage lediglich vereinzelt an Schulen. Die Werner Bonhoff Stiftung hat in einer Umfrage unter den Länderregierungen / Ministerien der anderen Bundesländer und 34 Regierungsfractionen herausgefunden, dass in den meisten Ländern ein Anti-Mobbing-Tag auch in Zukunft keine Rolle spielen soll. In den meisten Ländern fehlt derzeit die diesbezügliche Diskussion. Lediglich in Sachsen zeigt sich eine Landesregierung positiv gegenüber einem Anti-Mobbing-Tag, in Sachsen-Anhalt ist die Fraktion von Bündnis90 / Die Grünen die einzige Regierungsfraction, die aktuell einen konkreten Antrag diskutiert, der einen Anti-Mobbing-Tag unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten fordert. Die Bonhoff Stiftung würde einen solchen Tag begrüßen und plädiert, einen Anti-Mobbing-Tag nicht nur als einzelnen Aktionstag zu sehen, sondern viel mehr auch als Zeichen der Wertschätzung den Lehrern, Schülern und Eltern gegenüber, die sich an ihren Schulen gegen Mobbing das ganze Jahr über engagieren.

Am 2. Dezember findet in Schleswig-Holstein unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Daniel Günther zum neunten Mal der Anti-Mobbing-Tag statt. Zum diesem Aktionstag rufen u.a. das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Senioren Schleswig-Holstein und die Jugendschutzbeauftragten verschiedener Kreise und Städte auf.

Die Werner Bonhoff Stiftung hat dies zum Anlass genommen, die Länderregierungen und Regierungsfractionen zu befragen, ob die Einführung eines Anti-Mobbing-Tages aktuell auch innerhalb der Regierungen oder Fraktionen im Gespräch ist, bzw. ob sie eine solche Einführung grundsätzlich befürworten würden.

Zur Umfrage

Insgesamt hat die Stiftung 15 Länderregierungen und 34 Regierungsfractionen in den Ländern zur Umfrage per E-Mail eingeladen. Die Regierung von Schleswig-Holstein und die dortigen Regierungsfractionen zu befragen, erübrigte sich. Der Umfragezeitraum betrug 2 Wochen vom 9. bis zum 23. November 2018.

Die Umfrage beinhaltete 2 Fragen:

- 1. Gibt es aktuell Initiativen oder Überlegungen bei Ihnen, durch die offizielle Einführung eines solchen Tages auch in Ihrem Bundesland dem Thema Mobbing an Schulen mehr Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit zu geben?**
- 2. Sollte dies bei Ihnen bisher kein Thema gewesen sein: Würden Sie eine Einführung eines Anti-Mobbing-Tages grundsätzlich befürworten?**

Wir haben dabei auf den Anti-Mobbing-Tag in Schleswig-Holstein verwiesen, aber nicht vorgegeben, wie ein solcher Tag ausgestaltet sein könnte.

Ergebnisse

Die Resonanz auf unsere Umfrage war sehr gut. Es haben 11 von 15 Länderregierungen, bzw. verantwortliche Ministerien und 32 von 34 Regierungsfractionen die Fragen beantwortet, angekündigte Antworten von 2 Länderregierungen und zwei Fractionen stehen noch aus. Nicht reagiert haben lediglich die Länderregierungen von Niedersachsen und Thüringen.

Als Antwortmöglichkeiten hatten wir „Ja“ und „Nein“ vorgegeben, mit der optionalen Möglichkeit einer zusätzlichen Freitextantwort. Gerade bei der zweiten Frage (Befürwortung der Einführung eines Anti-Mobbing-Tages) wurde fast nur mit Freitext beantwortet oder kommentiert. Bzgl. der Auswertung der Antworten zur zweiten Frage haben wir 5 Signalklassen gebildet: „positiv“, „eher positiv“, „eher ablehnend“, „ablehnend“, „neutral“. Bei der ersten Frage wurde teilweise auch nur im Freitext geantwortet. Für die Auswertung sind wir davon ausgegangen, dass jede aktuelle Diskussion erwähnt worden wäre, deshalb haben wir Nichterwähnungen als „Nein“ gewertet.

Die Anfragen an die Länderregierungen wurden teilweise von den Staatskanzleien beantwortet, größtenteils aber nach Weiterleitung von den zuständigen Ministerien.

Ergebnisse zur ersten Frage:

Die Diskussionslage in den Ländern ist eindeutig. Bei 11 von 11 Landesregierungen / Ministerien und 30 von 32 antwortenden Regierungsfractionen ist die Einführung eines Anti-Mobbing-Tages kein aktuelles Thema. Enthalten hat sich die CDU-Fraktion Hessen, die sich aktuell noch in Koalitionsverhandlungen befindet, dies haben wir als „Nein“ gewertet.

Lediglich bei 2 Fractionen gibt es dazu eine Diskussion. Ganz konkret wird es nur bei der Fraction von Bündnis 90 / Die Grünen in Sachsen-Anhalt. In der Fraction gibt es eine aktuelle „Antragsinitiative, in dem die Einführung eines landesweiten „Anti-Mobbing-Tags“ unter Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten“ ebenso wie ein entsprechendes Budget für die Schulen Projekte, Wettbewerbe und Aktionen gefordert wird.

In der Fraction der Linken hat man unsere Anfrage als Anlass genommen, die Einführung eines Anti-Mobbing-Tages zumindest mit in die Diskussion aufzunehmen. *„Betreffend einer Initiative für einen Tag gegen Mobbing bzw. den Anschluss an einen solchen bundesweiten Tag ist für uns daher die Kommunikation mit dem zuständigen Ministerium und unseren VertreterInnen in der Landesregierung nicht zu umgehen. Diese läuft nach Ihrer Anregung.“*

Ergebnisse zur zweiten Frage:

Die Einführung eines Anti-Mobbing-Tages scheint derzeit nur ein „Außenseiterthema“ zu sein, auch die konkrete Nachfrage nach einer grundsätzlichen Befürwortung eines Anti-Mobbing-Tages wird nur vereinzelt mit „Ja“ beantwortet. Es gibt nur wenig eindeutig positive Signale aus den Regierungsfractionen, lediglich 6 Fractionen von 34 Fractionen stehen einem Anti-Mobbing Tag wohlwollend gegenüber. Weitere 12 Fractionen sind „eher positiv“ eingestellt, teilweise sind die positiven Signale aber sehr schwach. Aktivität für einen Anti-Mobbing-Tag gibt es, wie oben dargelegt, nur bei der Fraction von Bündnis90/Die Grünen in Sachsen-Anhalt.

5 Fractionen reagieren „eher ablehnend“, weitere 5 „ablehnend“, „neutral“ zeigen sich zwei Fractionen. Die ablehnendste Reaktion aus einem Bundesland kommt aus Bayern, die CSU-Fraktion zeigt sich „eher ablehnend“, die Freien Wähler „ablehnend“. In Baden-Württemberg stehen beide Regierungsfractionen einem Anti-Mobbing-Tag „ablehnend“ gegenüber.

Von den 11 Länderregierungen / Ministerien, die geantwortet haben, senden nur zwei eindeutig positive Signale: die Staatskanzlei von Sachsen und die Senatskanzlei von Berlin. Allerdings sieht man in Sachsen die mögliche Einführung eines solchen Tages nicht vor dem Schuljahr 2020/21. In der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt wiederum kann man sich einen Anti-Mobbing-Tag grundsätzlich vorstellen.

„Ablehnend“, bzw. „eher ablehnend“ reagieren Bayern und Rheinland-Pfalz. Die Sprecherin des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus nennt den Grund, dass *„Präventionsarbeit nicht auf einen einzelnen Tag eingegrenzt werden soll“*, die Sprecherin der Landesregierung von Rheinland-Pfalz sieht *„derzeit kein Bedürfnis, einen verpflichtenden und flächendeckenden Anti-Mobbing-Tag zu etablieren“*. Als „neutral“ haben wir die 5 Antworten gewertet, aus denen wir weder positive noch negative Signale ableiten konnten, bzw. auf die Frage nicht konkret geantwortet wurde.

Als häufigsten Einwand der ablehnenden oder ablehnenden Stimmen aus den Länderregierungen / Ministerien, bzw. Regierungsfractionen ist die Auffassung zu verzeichnen, dass ein Anti-Mobbing-Tag in Konkurrenz zu kontinuierlichen Aktivitäten stehe: *„Präventionsarbeit soll nicht auf einen einzelnen Tag eingegrenzt werden“*, *„Aufklärung über Mobbing [...] sollte nicht allein auf einen einzelnen Tag im Jahr festgelegt werden“*, *„Ein einzelner Anti-Mobbing-Tag an den Berliner Schulen wird der Komplexität des Themas nicht gerecht.“* Die CSU-Fraktion sieht zudem die *„Gefahr eines „Verordnens von oben“*, die Niedersächsische CDU-Fraktion wendet außerdem ein, dass *„die Einführung eines Aktionstages möglicherweise zu einer kurzfristig erhöhten Medienresonanz führt, aber nichts am grundlegenden Problem ändert.“* Die Regierung aus Rheinland-Pfalz nennt einen Anti-Mobbing-Tag eine *„grundsätzlich gute Idee“*, sieht aber *„derzeit nicht das Bedürfnis“*, in unseren Augen auch eine *„eher ablehnende“* Haltung.

Die Detailergebnisse und Antworten im Volltext finden Sie auf: <https://nachdertat.de/2018/11/30/umfrage-anti-mobbing-tag/>

Fazit und Kommentar

Die eindeutig positiven Signale zu einem Anti-Mobbing-Tag sind in der Minderheit, lediglich 6 Fraktionen und eine Länderregierung stehen ihm positiv gegenüber, lediglich die Fraktionen der Grünen in Sachsen-Anhalt debattiert derzeit über einen Antrag zu einem Anti-Mobbing-Tag.

Auch wenn es noch viele weitere „eher positive“ Stimmen auf unsere Umfrage gibt, zeigt die fast durchweg fehlende Diskussion in den Fraktionen, dass ein Anti-Mobbing-Tag in den meisten Ländern in näherer Zukunft wohl keine Rolle spielen wird. Es fehlen Akteure, die die Debatte über einen solchen Tag aktiv voranbringen.

Till Bartelt, Vorstand der Werner Bonhoff Stiftung, würde es begrüßen, wenn die Politik ihre Sichtweise zu einem Anti-Mobbing-Tag erweitert:

„Ein Anti-Mobbing-Tag könnte ein wichtiges Signal an alle Schulen senden, die sich nicht gut unterstützt fühlen. Schulen brauchen Rückhalt und Motivation, ihr eigenes Verhalten zu überprüfen und zu verbessern. Ein Anti-Mobbing-Tag sollte nicht allein als bunter Aktionstag gesehen werden, vor allem nicht als Konkurrenz zu anderen Aktivitäten, sondern als Tag der Anerkennung und Wertschätzung für die Lehrerinnen und Lehrer, die das ganze Jahr über an den Schulen Mobbing wirksam entgegentreten und bei Angriffen schnell und effektiv eingreifen.“

Über die Werner Bonhoff Stiftung

Die Werner Bonhoff Stiftung verfolgt mit ihrem im Jahr 2010 gestarteten bundesweiten Projekt „Nach-der-Tat“ das Ziel, die Reaktionen auf Mobbing und Gewalt an Schulen zu verbessern. Hierbei werden sowohl die Beobachter und Betroffenen, als auch die Schulen unterstützt. Durch eine klare Haltung der Schule zu Gewalt und Mobbing wird das Vertrauen der Jugendlichen in die Schule und die Geltung des Rechts gestärkt.

Damit sich kein Betroffener oder Beobachter von Gewalt und Mobbing weiterhin hilflos fühlen muss und selbst aktiv werden kann, ohne sich selbst zu gefährden, hat die Stiftung kostenfreie Instrumente entwickelt und bietet den Schulen kostenlos ihre Unterstützung an. Die Werner Bonhoff Stiftung ist gemeinnützig, überparteilich und wirtschaftlich unabhängig.

Weitere Informationen und Kontakt:

Till Bartelt, Nina Große, Judit Lodemann

Werner Bonhoff Stiftung
Reinhardtstraße 37
10117 Berlin

E-Mail: info@werner-bonhoff-stiftung.de
Internet: www.werner-bonhoff-stiftung.de
www.nach-der-tat.de